

Empörte aller Länder ...



Der Euro ist nicht unser Geld. Früher war Geld noch bunt bedrucktes Papier (hier mit dem Ritter vom Sauschwanz). Heute existiert es größtenteils nur noch virtuell in den Computern der Machthaber.

Unglaublich, sie haben es wieder getan!

Die herrschenden Parteien geben den Banken noch mehr Steuergelder. Auf 780 Milliarden Euro wird der Euro-Rettungsschirm erhöht. Die Beiträge dafür werden beispielsweise bei unserem Sozialsystem abgezwickelt. Die Menschen in Griechenland sehen keinen Cent von diesem Geld. Sie bezahlen wie wir mit Verarmung, Arbeitslosigkeit und höheren Steuern, während Banken und Finanzinvestoren abkassieren. ESFM, ESFS, ESM – mit immer neuen Kürzeln wird verschleiert, wie die Milliarden in die Finanzindustrie umgeleitet werden. Die Regierungen haben mit öffentlichen Geldern die Banken und die Vermögen der Reichen gerettet. Die Banken tragen kein Risiko. Das Risiko trägt die Allgemeinheit. Die Banken sind mächtiger denn je. Die Staaten sind bei ihnen verschuldet und die Finanzmärkte diktieren die Politik.

Schulden machen die Reichen reich

Die Schulden sind ein Mechanismus, der die Menschen in Abhängigkeit von Banken und Staat halten soll. Die Rekordprofite der Banken werden an die Aktionäre gutgeschrieben, die damit weitere Spekulationsgeschäfte betreiben, noch mehr Abhängigkeit erzeugen.

Nachdem sie viele Staaten in den Ruin getrieben haben, soll nun die Allgemeinheit das Ausfallrisiko übernehmen und die Zinsen bezahlen. Der empörende, von Banken vorgeschriebene Griechenland-Rettungsplan lässt Griechenland selbst im Stich. Die Regierung und Landesregierung kürzen ein Sozialprogramm nach dem anderen, aber zahlen Unsummen an die Banken, damit die Reichen noch reicher werden.

Griechenland und die EU soll wettbewerbsfähiger werden, heißt es. Aber das „Europa des Wettbewerbs“ bedeutet: Deutschland und Frankreich konkurrieren die Anderen in Grund und Boden. Sinkende Reallöhne, Niedriglohnsektor, Leiharbeit sind die Geheimnisse des Exporterfolges der in Deutschland produzierenden Unternehmen. So konnten sie ihre Nachbarn mit einer Exportwalze überrollen. Die EU zahlte Subventionen und Prämien an Länder wie Griechenland, damit sie NICHT produzieren, sondern importieren. Handelsbilanzdefizite und steigende Auslandsverschuldung der Importländer waren die logische Folge.



Weltweit sind die Reichen heute reicher als vor der Weltwirtschaftskrise.

Zwangsläufig steigen die öffentlichen Schulden. Anstatt Steuern zu bezahlen, leihen die Reichen dem Staat das fehlende Geld. Dafür erhalten sie Zinsen, für die sie wiederum keine (oder zu wenig) Steuern zahlen. Die Regierungen holen sich das Geld bei den Arbeitern und Pensionisten und kürzen bei Bildung und Gesundheit. Die Schulden steigen trotzdem.

Während der Reallohn für Otto Normalverbraucher zwischen 2000 und 2010 um 2,5% sank, ist das private Geldvermögen seit 2000 um 39 % auf gestiegen. Die Hälfte ist im Besitz von 1 Prozent der Bevölkerung.

**Die Reichen geben
Kredite, anstatt
Steuern zu bezahlen**

***Das zahlen die Staaten im 2. Halbjahr 2011 an Zinsen ihre Banken
(und ihre Reichen):***

Frankreich:	22,362 Mrd.
Italien:	30,302 Mrd.
Spanien:	12,634 Mrd.
Griechenland:	7,100 Mrd.
Portugal:	2,354 Mrd.

Aus Empörung ...



Die Sozialsysteme werden ruiniert, die Arbeitshetze nimmt immer ver-rücktere Ausmaße an, die Arbeitslosenzahlen bleiben hoch, die Jungen müssen sich auf Perspektivlosigkeit einrichten, den Alten wird gesagt, sie sind eine unbezahlbare Last. Unsicherheit prägen Arbeit und Leben. Die Würde des Menschen bleibt auf der Strecke.

Diese ungerechten Zustände sind nicht länger tragbar.

... wird Bewegung

Tausende Amerikaner besetzten in den letzten Wochen die Wall Street - das Zentrum globaler Finanzmacht und Korruption. Wie ein Lauffeuer breitete sich die Bewegung der Empörten von Nordafrika über Lissabon, Madrid nach Athen, Jerusalem und in die USA aus. Jugendliche, einfache Familien sind nicht mehr bereit, die Rechnung für eine Krise zu bezahlen, die im Kapitalismus wurzelt und von korrupten Eliten verstärkt wurde. Die Demonstranten fordern nun echte Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Transparenz.

Seit Monaten protestieren Griechen gegen die von der EU auferlegte Schuld-knechtschaft. In Spanien demonstrieren die „Indignados“ gegen politische Korruption und die Abwälzung der Krisenlasten. In Israel haben die Bürger diesen Sommer „Zeltstädte“ gebaut, um gegen ansteigende Wohnungspreise und für soziale Gerechtigkeit zu protestieren.

In Österreich kommt es vermehrt zu Widerstandsaktionen, im Frühjahr 2011 gingen zehntausende gegen die Landesregierung auf die Straße. Sie kämpfen gemeinsam Kampf gegen das Bündnis von korrupten Wirtschaftseliten und Politikern, die die Armen und die einfachen Familien für die Krise zahlen lassen wollen.

„Sie ruinieren uns, damit sie noch mehr Kürzungen und Zerstörung öffentlicher Eigentums durchsetzen können“, heißt es in der gemeinsame Erklärung der Empörten des Syntagmaplatzes (Athen) und der Puerta del Sol (Madrid).

Die Empörten rufen zu Protest und Widerstand auf.

Wir fordern von der Regierung:

- ☼ Verstaatlicht die Banken. Legt ihre Bilanzen offen, damit die Leute wissen, wohin das Geld geflossen ist.
- ☼ Nehmt eine kleine Umverteilung des Vermögens vor und ändert eure Steuerpolitik so, dass die am stärksten belastet werden, die am meisten haben: die Banken und Finanzinstitute, die Politiker und Großkapitalisten.
- ☼ Wir fordern eine Kontrolle der Bevölkerung über die Wirtschaft und die Produktion.
- ☼ Zahlt die illegitimen Schulden nicht. Das sind nicht unsere Schulden. Wir schulden nichts, wir verkaufen nichts, wir zahlen nicht.
- ☼ Wir wollen wirkliche und direkte Demokratie statt Wahl zwischen verschiedenen Exekutoren der EU-Belastungspolitik.

Die KPÖ ruft auf:

- ☼ Es reicht! Für alle!
- ☼ Die Reichen sollen für die Krise zahlen!
- ☼ Für echte Demokratie!
- ☼ Solidarität mit dem Streik der Metaller
- ☼ Voves und Schützenhöfer sollen gehen, wenn sie ihrer Verantwortung nicht gerecht werden können!

**Unser Leben
ist mehr wert
als eure
Profite**